

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 26.06.2018

Von Jürgen Heiser
27.06.2018

Kalkulierte Katastrophe

*Die US-Kolonie Puerto Rico leidet bis heute unter den Folgen des Hurrikans »Maria«.
Washington verweigert angemessene Hilfe – und verfolgt offenbar Privatisierungspläne*



Lediglich 64 Menschen sollen in Puerto Rico nach dem Hurrikan »Maria« ums Leben gekommen sein, behauptet die US-Regierung. Eine Harvard-Studie kam hingegen auf 4.645 Tote, und die Dunkelziffer könnte noch weit höher liegen – Proteste während der 61. »Puerto Rican Day Parade« in New York (10.6.2018)

Foto: Erik McGregor/Pacific Press/picture alliance

Jürgen Heiser schrieb an dieser Stelle zuletzt am 11. Mai 2018 über die Bonner Notstandsgesetze von 1968.

Hunderttausende zogen am 10. Juni über die Fifth Avenue in Manhattan. Seit 1958 findet in New York am zweiten Sonntag des Monats die »Puerto Rican Day Parade« statt. Sie erinnert an das 1952 von der Unabhängigkeitsbewegung Puerto Ricos erkämpfte Recht, die zuvor verbotene Nationalflagge wieder öffentlich zu zeigen. Fünf Millionen Puertoricaner leben mittlerweile auf dem Festland. Der Hauptgrund für die Migration ist die schlechte ökonomische Lage auf der Inselgruppe, zu der neben der Hauptinsel Puerto Rico (»reicher Hafen«) noch die kleineren Eilande Vieques und Culebra gehören. Als ehemaliges Besitztum der spanischen Krone wurden die Inseln nach dem für die USA siegreich verlaufenen Spanisch-amerikanischen Krieg 1898 zusammen mit Kuba zu Kolonien Washingtons.

Wie Kuba wurde auch Puerto Rico zum Spielball ökonomischer Interessen des »Großen Bruders« im Norden. Und zum preisgünstigen Vergnügungspark mit karibischem Flair. Die von MafiACLANS betriebenen Spielcasinos, Nobelhotels und Rotlichtbars lockten die US-Touristen. Zudem nutzte das US-Militär die Inseln und baute Stützpunkte. Aber Kuba gelang es mit der siegreichen Revolution 1959, die Diktatur des US-Schergen Fulgencio Batista abzuschütteln, während die Einwohner der westlich der Dominikanischen Republik gelegenen Insel in Abhängigkeit blieben. Puerto Rico hat als »Außengebiet« der USA bis heute einen besonderen Rechtsstatus. Die Puertoricaner mussten zwar zu Zeiten der Wehrpflicht in der US-Armee dienen, dürfen aber weder den Präsidenten wählen noch können sie eigenständig über ihre Innenpolitik bestimmen.

4.645 Tote

Die »Puerto Rican Day Parade« war diesen Juni vor allem durch ein Thema geprägt: die Folgen des Hurrikans »Maria«, der zusammen mit dem Hurrikan »Irma« im vergangenen September die Karibik heimgesucht und für schwerste Verwüstungen gesorgt hatte. Die dramatischen Folgen des Kategorie-4-Hurrikans prägten die diesjährige »Puerto Rican Day Parade«. Ihr von Jahr zu Jahr wechselndes Motto lautete »Un pueblo, muchas voces« – »Ein Volk, viele Stimmen«. Die Teilnehmer der Parade sprachen mit ihren Plakaten und Transparenten allerdings mit einer Stimme: Ihr Thema war das Elend ihrer immer noch unter den Sturmschäden leidenden Landsleute.

Norma Mojica und José López, beide aus Chicago angereist, lag am Herzen, in dieser von Sorge um Verwandte auf der Insel geprägten Situation mit anderen Betroffenen zusammen zu sein und nach Wegen zu suchen, etwas zur Linderung der Sturmschäden beizutragen.

»Wir hatten gehört, wie groß die Parade ist, und wollten das selbst erleben«, zitiert die Onlineausgabe des US-Wochenmagazins *Newsweek* Mojica. »Es war unglaublich, außer Puertoricanern auch Menschen anderer Nationalitäten zu treffen, die sich mit uns zusammentun wollen, um Puerto Rico wiederaufzubauen, denn es gibt noch soviel zu tun!« Das meinte auch der Student Alexander Alvarez, dessen Wurzeln in Kuba liegen. Er hatte seine Kommilitonen von der Latino-Bruderschaft »Lambda Sigma Upsilon« mobilisiert. »Ich finde es wunderbar zu sehen, wie sich Menschen unter einem Banner vereinen wie jetzt für Puerto Rico«, erklärte er den *Newsweek*-Reportern. »Sie mussten die jüngste Krise mit dem Hurrikan durchmachen, deshalb meinen wir, dass ganz New York City Puerto Rico mit aller Kraft unterstützen und zeigen sollte, dass wir in diesen Zeiten zusammenstehen.«

Viele Teilnehmer der Parade trugen Schilder mit der Aufschrift »#4.645«. Dieser Hashtag bezieht sich auf die Anzahl der durch »Maria« ums Leben gekommenen Puertoricaner, wie sie in einer Ende Mai dieses Jahres veröffentlichten Studie der Harvard-Universität ermittelt worden war. Washingtons Katastrophenschutzbehörde FEMA hatte bislang offiziell nur 64 Tote eingeräumt und die Zerstörungen auf der Insel immer wieder heruntergespielt.

Ashley Quinones aus New Jersey hat den Sturm in Puerto Rico selbst erlebt, wo ihre gesamte Familie im Ort Guayama im Süden der Insel lebt. »Es gibt Menschen, die bis heute immer noch keinen Strom haben und ohne Licht leben müssen«, hob sie gegenüber den Journalisten hervor.

Auf der Parade im Vorjahr war der Unabhängigkeitskämpfer Oscar López Rivera, der vom scheidenden US-Präsidenten Barack Obama nach fast 36 Jahren Haft begnadigt worden war, von Tausenden als Ehrengast gefeiert worden. Anfang April 2018 kehrte er nach einem längeren Aufenthalt in seiner Heimat zu einem Besuch nach New York zurück, wo ihn die türkische Onlinezeitung *Evrensel Daily* interviewte. López engagiert sich seit dem vergangenen Herbst vorwiegend für Hilfsprojekte zur Unterstützung der notleidenden Bevölkerung. Im Interview beschrieb er die Lebensbedingungen seiner von Staatsbankrott und Sturmschäden in die Knie gezwungenen Landsleute als die »wahrscheinlich schlimmsten, die wir in den letzten 70 Jahren erlebt haben«. Davor war es die Zeit der Depression in den USA gewesen, die auf Puerto Rico »dreimal so heftig durchschlug« wie im US-amerikanischen Kernland. Grund sei die völlige Abhängigkeit von den USA gewesen, die López auch aktuell für die Schuldenkrise Puerto Ricos verantwortlich macht. Die Bevölkerung sei heute aufgrund verschärfter Ausbeutung und Privatisierung mit einer

vergleichbar katastrophalen wirtschaftlichen Situation konfrontiert. »Und seit dem Hurrikan hat sich die Lage in Puerto Rico nicht wirklich so verbessert, dass wir sagen könnten, das Leben dort sei wieder lebenswert.« Laut López gab es Anfang April immer noch Ortschaften in Puerto Rico, »in denen bis zu 72 Prozent der Bevölkerung ohne Strom sind und viele Menschen nach wie vor weder Wasser noch ein Dach über dem Kopf haben«.

Nun steht der Karibik die nächste Hurrikansaison bevor, und in Puerto Rico sind noch nicht einmal die gravierendsten Schäden beseitigt. In dieser Lage schlug die Veröffentlichung der Harvard-Studie über die wahre Zahl der Toten wie eine Bombe ein. Die Forscher schrieben, die Dunkelziffer liege wohl sogar bei mehr als 5.700 direkten und indirekten Todesopfern. Zu letzteren zählen auch diejenigen, die aufgrund der Unterbrechung der medizinischen Versorgung zu Tode gekommen sind, die laut der Studie »die Hauptursache für anhaltend hohe Sterblichkeitsraten in den Monaten nach dem Hurrikan war«.

Mangelnde Hilfeleistung

Domingo Marqués von der Carlos-Albizu-Universität in San Juan (Puerto Rico), einer der Koautoren der Studie, führte am 6. Juni 2018 in einem Bericht für *Democracy Now!* aus, im Durchschnitt habe jeder Einwohner der Insel mindestens »84 Tage ohne Strom« und »60 Tage ohne Trinkwasser« auskommen müssen. Das stelle »ein großes Problem für die öffentliche Gesundheitsversorgung dar«. Zusätzlich sei es vielen Sturmpfern unmöglich gewesen, Notrufe abzusetzen, da im Schnitt jeder Mobilfunknutzer »mehr als 40 Tage lang« keine Verbindung hatte. Die unter der Nummer »911« erreichbare Notrufzentrale sei »nicht nur in kleinen Städten ausgefallen, sondern in ganz Puerto Rico«.

Die Bürgermeisterin von San Juan, Carmen Yulín Cruz, hatte zwei Wochen nach dem Hurrikan der US-Katastrophenschutzbehörde FEMA mangelnde Hilfsbereitschaft vorgeworfen und gesagt: »Sie töten uns mit ihrer Ineffizienz und Bürokratie!« Donald Trumps Regierung flehte sie in einem dramatischen Appell an, endlich »Verantwortung zu übernehmen und Leben zu retten«. Aber statt die Nothilfe angemessen in Gang zu setzen, traten Trump und FEMA-Direktor William Long eine Verleumdungskampagne gegen Yulín los. Der US-Präsident beschimpfte die Bürgermeisterin über Twitter und sprach von »armseligen Führungsqualitäten«. Nachdem die Ergebnisse der Harvard-Studie veröffentlicht worden waren, postete die Kommunalpolitikerin nun ein Foto von sich mit Baseballmütze, auf der groß die Zahl 4.645 prangte. Dazu schrieb sie: »Niemand vergessen! Nie wieder!«



Kein Strom, kein Wasser. Viele Schäden sind auch ein Dreivierteljahr nach der Hurrikankatastrophe nicht behoben. Kritiker vermuten, dass mit der Insel ähnliches passieren könnte wie mit New Orleans nach »Katrina«: Privatisierung und Vertreibung der Armen (Aufnahme aus Guayama, Puerto Rico, 20.9.2017)

Foto: Carlos Garcia Rawlins/REUTERS

Das puertoricanische Zentrum für investigativen Journalismus (Centro de Periodismo Investigativo, CPI) hatte vier Wochen nach Hurrikan »Maria« gemeldet, dass die wenigen Katastrophenhelfer noch immer nicht zu allen Gebieten der verwüsteten Insel direkten Kontakt bekommen hätten, vor allem nicht zur bergigen Region im Zentrum Puerto Ricos. Sowohl Straßen als auch Kommunikationsmittel waren gerade dort weitgehend zerstört. Die Anzahl der zu diesem Zeitpunkt offiziell bestätigten 34 Todesopfer sei deshalb anzuzweifeln, warnte damals Omayra Sosa Pascual, Sprecherin des CPI. Bevor die Zahlen der Harvard-Studie bekanntwurden, hatte das CPI in Puerto Rico bereits einen Rechtsstreit mit dem Amt des Gouverneurs von Puerto Rico um den zunächst verweigerten Einblick in behördliche Statistiken geführt. Katia Avilés-Vázquez von der puertoricanischen Umweltschutzorganisation Organización Boricúa de Agricultura Ecológica bestätigte in der erwähnten Sendung von *Democracy Now!*, dass das Amt von Gouverneur Ricardo Rosselló mittels Gerichtsentscheid dazu verpflichtet werden musste, seine Statistiken über die Todesopfer gegenüber dem CPI offenzulegen. Die in der Harvard-Studie genannte Zahl von 4.645 sei dadurch im wesentlichen bestätigt worden. Das war der Stand vom 6. Juni 2018.

Acht Tage später meldete das CPI jedoch auf seiner Website, nach der Bestandsaufnahme von mehreren tausend digitalen und gedruckten Dokumenten sei man zu dem Schluss gelangt, dass Rossellós Behörde »nur einen Teil der angeforderten Informationen über Todesfälle nach Hurrikan ›Maria‹ zur Verfügung gestellt« habe. Zudem enthalte der Datensatz über Todesursachen »Informationen vom 18. September 2017 bis 11. Juni 2018«, die prozentual nicht nach Todesfällen pro Monat aufgeschlüsselt seien. »Mit anderen Worten, es handelt sich dabei nicht nur um Todesfälle im Zusammenhang mit Hurrikan ›Maria‹«.

Carla Minet, Direktorin des CPI, erklärte daraufhin, nun beginne erst die eigentliche Arbeit, nämlich »Interviews mit Journalisten, Wissenschaftlern und Akademikern zu führen, um Fakten zu bestätigen, zu analysieren und zu überprüfen, die klären helfen, welche dieser Todesfälle mit dem Hurrikan in Verbindung stehen«. Diese Ermittlungen begännen damit »neun Monate zu spät«, und es sei völlig unklar, wie lange das dauern werde, »weil die gelieferten Informationen noch unvollständig sind«, so Minet. Die Unterzeichnung einer vom Gouverneur verlangten »Verschwiegenheitserklärung« hatte das CPI als »absurd« verweigert. Es gehe ja gerade darum, die Fakten öffentlich zu machen!

In Kenntnis der Haltung des konservativen Gouverneurs Rosselló vom Partido Nuevo Progresista (PNP), der Puerto Rico gern als 51. US-Bundesstaat sähe, und der bekannten Komplizenschaft des PNP mit Washington warnte Katia Avilés Vázquez davor, zuviel von den statistischen Daten zu erwarten. Klar sei schon durch die Harvard-Studie, dass es um Tausende Opfer gehe. »Wir sollten uns nicht darauf konzentrieren, ob es nun 4.645 oder 5.700 sind.« Von Bedeutung sei vielmehr, »dass Gouverneur Rosselló die Informationen geheimgehalten hat, weil damit politische Interessen verfolgt werden«, so die Aktivistin gegenüber *Democracy Now!* Damit diene Rosselló nur »Trump und den Kapitalisten, die jetzt die Insel übernehmen«.

Wie *Democracy Now!*, das CPI und andere Quellen aus Puerto Rico berichteten und die Harvard-Studie schlaglichtartig beleuchtete, ist davon auszugehen, dass auch von Januar bis jetzt noch Todesfälle zu verzeichnen sind, die im Zusammenhang mit dem Hurrikan stehen. Es wird auch von einer steigenden Suizidrate angesichts der prekären Situation auf der Insel berichtet. Viele öffentliche Einrichtungen könnten nur eingeschränkt arbeiten, Transport und Verkehr seien weit davon entfernt, dass so etwas wie ein normales Alltagsleben stattfinden könne. Der Fährbetrieb der »La Lancha Ferry«, die zwischen der Hauptinsel und Vieques sowie Culebra verkehrt und das einzige Transportmittel zu den

Nebeninseln ist, funktioniere nur sporadisch. Die Infrastruktur wurde bislang nicht oder nur notdürftig repariert. So löste sich an einer Kreuzung eine vom Sturm ramponierte Ampel und tötete einen Fußgänger. Im Februar explodierte in San Juan infolge eines Feuers ein Kraftwerk.

Wie auch Oscar López bestätigte, sind noch immer viele Häuser ohne Dach und nur notdürftig mit Planen abgedeckt. Müll sammelt sich auf den Straßen, Hunderttausenden fehlen Trinkwasser und Elektrizität. Noch im Februar mussten Patienten, die keinen Strom haben, aber zum Beispiel ein tragbares Sauerstoffgerät zur ambulanten Beatmung benötigen, weite Wege zurücklegen, um den Akku des Gerätes irgendwo aufladen zu lassen. Wenige Wochen vor der neuen Hurrikansaison 2018 liegt die gesamte Infrastruktur der Inselgruppe immer noch am Boden.

Spekulationsobjekt

Wie das offizielle Washington auf die Harvard-Studie reagierte, zeigte sich am 5. Juni 2018 auf der regulären Pressekonferenz im Weißen Haus. Trumps Pressesprecherin Sarah Huckabee Sanders wurde von dem Journalisten Hunter Walker gefragt, ob Trump immer noch glaube, höchstes Lob zu verdienen. Sanders' Antwort: »Die Reaktion der Bundesbehörden muss im historischen Zusammenhang gesehen werden. Wir arbeiten weiterhin mit den Menschen in Puerto Rico zusammen, und als Bundesbehörden tun wir unser Bestes, Hilfe zu leisten, insbesondere in Zusammenarbeit mit dem dortigen Gouverneur in Puerto Rico, und wir werden dies auch weiterhin tun.«

In New York lebende Puertoricaner widersprechen derartigen offiziellen Verlautbarungen und werfen der US-Regierung bewusste Täuschung der Öffentlichkeit vor. So die Mitglieder der 1966 gegründete Basisorganisation »Uprose«, die nach dem Hurrikan den Leitspruch ersannen: »Stell dir vor, es gibt einen Wiederaufbau Puerto Ricos, der von Puertoricanern selbst konzipiert wird.« Die Aktivisten von »Uprose« glauben schon lange nicht mehr daran, dass es Washington und der FEMA darum gehe, das Land wiederaufzubauen. Sie begreifen die mangelhafte Katastrophenhilfe als eine gesteuerte Maßnahme, um die Insel Schritt für Schritt zu evakuieren und das Land zum Objekt für ausgedehnte Privatisierungen und Spekulationsgeschäfte zu machen. Schon vor dem Hurrikan seien viele Menschen aus Puerto Rico wegen der sich ständig verschlechternden Lage nach Zentralflorida emigriert, wo die spanischsprechende Gemeinde wächst. Nach dem Hurrikan seien zwischen Anfang Oktober 2017 und Mitte Dezember mehr als 243.000 Personen nach Florida umgesiedelt. »Wir schätzen, dass bis 2020 weitere 600.000 Einwohner von der Insel vertrieben werden«, erklärte Elizabeth Yeampierre von

»Uprose«. Die Organisation vergleicht den Umgang der Trump-Regierung mit Puerto Rico nach Hurrikan »Maria« damit, wie Expräsident George W. Bush und die FEMA im August 2005 nach dem Hurrikan »Katrina« New Orleans im Stich ließen. Was damals wie Vernachlässigung aussah, entpuppte sich später als radikale Veränderung der Sozialstruktur. Die große Mehrheit der Betroffenen aus den Sozialwohnungsquartieren im Innenstadtbereich, viele von ihnen Afroamerikaner und ältere Menschen, durften nach »Katrina« nicht mehr zurückkehren. Private Immobiliengesellschaften kauften die lukrativen Grundstücke auf und ließen die alten Häuser abreißen, um an selber Stelle mit Subventionen geförderte »Mustersiedlungen für Bürger mit besserem Einkommen« (so eine Werbebroschüre) zu errichten. Ähnliches erwarte auch Puerto Rico, ist sich Yeampierre sicher.

Die Journalistin und Globalisierungsgegnerin Naomi Klein geht in ihrem jüngst veröffentlichten Buch »The Battle for Paradise: Puerto Rico Takes on the Disaster Capitalists« von einem ähnlichen Szenario aus. Das gesamte Staatssystem in Puerto Rico sei, sagte sie gegenüber *Democracy now!*, »ein geplantes System der Verelendung«. Deshalb sei sie erstaunt über die Diskussion darüber, dass es »wegen des Hurrikans« zu den vielen Todesfällen gekommen sei. Sie sehe das anders, betonte Klein. Diese Menschen seien nicht wegen des Hurrikans gestorben. »Maria« sei nur der Katalysator gewesen. Wenn man sich die Harvard-Studie genau ansehe, »so war die Todesursache in vielen Fällen der Zusammenbruch des Gesundheitssystems, der eng mit dem Zusammenbruch des Elektrizitätssystems verbunden ist, der wiederum eng mit dem Zusammenbruch des Trinkwassersystems zusammenhängt«, wobei die Infrastruktur schon vor »Maria« marode gewesen sei. Ein Hurrikan allein könne den Totalausfall nicht bewirken. Da habe nicht einfach etwas »versagt«. Es sei unmöglich, dass die Infrastruktur eines ganzen Landes versage, meinte Klein, »es sei denn, man zerstört systematisch die tragende Struktur einer Gesellschaft und tut dies wissentlich, in voller Absicht«.

Zerstörung der Infrastruktur

Das bedeutet in der Konsequenz, die Naturkatastrophe »Maria« wurde von Washington dazu genutzt, der seit Jahrzehnten vernachlässigten Kolonie Puerto Rico, der man zuvor schon alle Wege verbaut hatte, den im Mai 2017 erklärten Staatsbankrott abzuwenden, einen weiteren Knock-out-Schlag zu versetzen, von dem sich Land und Leute nicht mehr erholen können. Die ohnehin für das Land tödliche Schraube der Austeritätspolitik, mit der das Land seit Jahren ausgeblutet wird, wurde weiter angezogen. Der US-Kongress, in dem die politischen Entscheidungen für die Kolonie Puerto Rico getroffen werden,

bereitet derzeit Gesetze vor, um mehr Werktätige entlassen und das Gesundheitssystem weiter verschlechtern zu können. 300 öffentliche Bildungsstätten sollen geschlossen werden, nachdem bereits im vergangenen Jahr 157 Schulen dichtgemacht wurden, wie Oscar López im Interview mit *Evrensel Daily* erläuterte. Das bedeute die Entlassung von mehr als 7.000 Lehrerinnen und Lehrern. Von einem vollwertigen Bildungssystem könne in Puerto Rico nicht mehr gesprochen werden. Vergleichbares berichtete López von den Krankenhäusern. »Wir müssen heute sagen, dass Puerto Ricos Gesundheitssystem eine reine Farce ist. Es existiert praktisch nicht.« Er sieht für sein Land nur eine Lösung, um aus der Misere wieder herauszukommen: »Puerto Rico muss endlich eine unabhängige souveräne Nation, also entkolonialisiert werden.«